

Auftrag Degiacomi betreffend Vorkaufsrecht für Gemeinden beim Verkauf von Grundstücken und Gebäuden des Kantons

Nach geltender Rechtsgrundlage fallen Grundstücke und Gebäude, welche der Kanton ohne Beeinträchtigung der Erfüllung einer öffentlichen Aufgabe veräussern kann, ins Finanzvermögen. Dort werden sie zum Marktwert bilanziert. Mindestens alle zehn Jahre werden sie zum Bilanzierungstichtag bewertet.

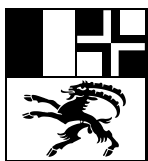
Für einen Verkauf von solchen Grundstücken und Gebäuden wendet der Kanton in aller Regel wettbewerbliche Verfahren an, um möglichst hohe Einnahmen zu generieren. Der Verzicht auf solche Einnahmen kommt gemäss Art. 47 der Verordnung über den kantonalen Finanzhaushalt einer Ausgabe gleich. Für einen Einnahmeverzicht beim Verkauf von Grundstücken und Gebäuden aus dem Finanzvermögen fehlt dem Kanton die rechtliche Grundlage. Das schränkt den Kanton in seinen Handlungsmöglichkeiten beim Verkauf ein und bedeutet für die Gemeinden Nachteile.

Um möglichst selbstbestimmt Bodenpolitik betreiben zu können, müssen die Standortgemeinden bei Veräusserungen von kantonalen Grundstücken und Gebäuden ein gewichtiges Wort über deren künftige Nutzung mitreden können. Wettbewerbsverfahren, die einzig auf einen möglichst hohen Erlös für den Kanton zielen, können den Interessen von Gemeinde und Bevölkerung entgegenlaufen. Sie bergen die Gefahr Spekulationsobjekte zu schaffen und übersteigen die finanziellen Möglichkeiten der öffentlichen Hand auf Gemeindeebene.

Das ist unbefriedigend für die Gemeinden. Die Unterzeichnenden fordern die Regierung deshalb auf, die nötigen Rechtsgrundlagen zu schaffen, um den betroffenen Standortgemeinden beim Verkauf von Grundstücken und Gebäuden des Kantons ein Vorkaufsrecht einzuräumen. Der Verkaufspreis soll sich dabei am bilanzierten Marktwert im Finanzvermögen orientieren. Um eine für alle Seiten befriedigende Lösung zu finden, ist die Regierung aufgefordert, verschiedene Varianten eines solchen Vorkaufsrechts zu präsentieren.

Chur, 20. April 2016

Degiacomi, Marti, Casanova (Ilanz), Albertin, Alig, Atanes, Baselgia-Brunner, Bucher-Brini, Burkhardt, Cahenzli-Philipp, Caluori, Casty, Casutt-Derungs, Caviezel (Chur), Caviezel (Davos Clavadel), Darms-Landolt, Della Vedova, Deplazes, Dosch, Epp, Felix (Scuol), Florin-Caluori, Gartmann-Albin, Holzinger-Loretz, Hug, Jaag, Jeker, Jenny, Kappeler, Kasper, Koch (Tamins), Kollegger, Mani-Heldstab, Märchy-Caduff, Michael (Castasegna), Müller, Nay, Niederer, Noi-Togni, Papa, Pedrini, Perl, Peyer, Pfenninger, Pult, Salis, Sax, Steiger, Thomann-Frank, Thöny, Troncana-Sauer, Vetsch (Klosters Dorf), von Ballmoos, Weber, Widmer-Spreiter, Cao, Pfister, Sigron, Tuor



Sitzung vom

21. Juni 2016

Mitgeteilt den

22. Juni 2016

Protokoll Nr.

583

Auftrag Degiacomi

betreffend Vorkaufsrecht für Gemeinden beim Verkauf von Grundstücken und
Gebäuden des Kantons

Antwort der Regierung

Für eine nachhaltige räumliche Entwicklung bezüglich Nutzung, Gestaltung und Erschliessung ist eine weitsichtige, aktive Planung unter Anwendung aller raumplanerischen Instrumente im Rahmen des kantonalen Raumplanungsgesetzes notwendig. Die Zuständigkeit dafür liegt originär bei den Gemeinden. Die Gemeinden und Bürgergemeinden sind zudem die grössten Landbesitzer im Kanton Graubünden. Sie sind Träger der kommunalen Boden- und Baulandpolitik. Eine aktive Bodenpolitik hängt also nur zu einem marginalen Teil mit dem Erwerb von Grundstücken durch Gemeinden zusammen. Ebenso hängt die Qualität von Bebauungen nicht von den Immobilienpreisen ab, sondern von den planerischen und baugesetzlichen Vorgaben der Gemeinden.

Der Kanton besitzt den Grossteil seiner Immobilien im Verwaltungsvermögen. Wird ein Vermögenswert für die Erfüllung einer öffentlichen Aufgabe dauernd nicht mehr benötigt, überträgt ihn die Regierung in abschliessender Kompetenz ins Finanzvermögen (Art. 2 Abs. 3 des Gesetzes über den Finanzhaushalt des Kantons Graubünden; FHG, BR 710.100). Der Entscheid über die Veräusserung des Vermögenswertes liegt ebenfalls in abschliessender Kompetenz der Regierung (Art. 34 Abs. 1 FHG).

Die Veräusserungen von Immobilien im Finanzvermögen des Kantons in den letzten zehn Jahren zeigen, dass es sich dabei überwiegend um Bauten ausserhalb der Bauzone handelte. Immobilien von hohem kantonalem Interesse werden grundsätzlich nicht verkauft, sondern im Baurecht abgegeben. Der bilanzierte Marktwert ist dabei eine auf Berechnungsannahmen basierende Momentaufnahme aus der Vergangenheit und der "echte" Marktwert kann erst durch konkrete Angebote in Erfahrung gebracht werden. Dieser kann höher, aber auch tiefer als der bilanzierte Vermögenswert liegen. Unterbreiten Gemeinden ein Kaufangebot, erhalten sie bereits heu-

te die Möglichkeit, zum Preis des Dritten, also zum effektiven Marktwert, die Immobilie zu erwerben. Nur "echte" Marktwerte schaffen die notwendige Transparenz.

Im Zusammenhang mit der Realisierung des Verwaltungszentrums "Sinergia" und der neuen Justizvollzugsanstalt Realta werden einzelne Immobilien zur Veräusserung (Verkauf oder Baurecht) gelangen. Sie liegen alle auf dem Gemeindegebiet der Stadt Chur und in Bauzonen. Eine Belastung der Immobilien mit einem kommunalen Vorkaufsrecht zum Bilanzwert per Bilanzierungsstichtag ("Marktwert" gemäss Bilanz) würde einer Verschiebung des kantonalen Finanzvermögens zu den Gemeinden gleichkommen und insbesondere die Stadt Chur begünstigen. Ein Vorkaufsrecht würde damit faktisch auch den Gleichbehandlungsgrundsatz verletzen, da nur die wenigsten Gemeinden davon profitieren könnten. Die Einräumung eines Vorkaufsrechts für Immobilien im Finanzvermögen des Kantons würde ausserdem ein Gegenrecht, also ein Vorkaufsrecht für den Kanton zu gleichen Konditionen, erfordern. Andernfalls würden einseitig eine finanzielle Benachteiligung des Kantons und eine Begünstigung der Gemeinden geschaffen und so finanzielle Vorteile zu den Gemeinden hin verschoben. Die Belastung von Immobilien des Kantons durch Vorkaufsrechte der Gemeinden, welche nicht dem Marktwert entsprechen, würde die Handlungsfreiheit von Kanton und Gemeinden unnötig einschränken.

Vom Auftrag nicht betroffen sind die gestützt auf das neue Gesetz über die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung in Graubünden (Wirtschaftsentwicklungsgesetz; GWE, BR 932.100) erworbenen Grundstücke. Diese bleiben bis zum Verkauf im Verwaltungsvermögen. Die Aufnahme eines kommunalen Vorkaufsrechts auch für diese Grundstücke würde dem Ziel der Wirtschaftsförderung zuwiderlaufen. Grundstücke zur wirtschaftlichen Entwicklungsförderung liegen dabei oft im Besitz von Gemeinden und Bürgergemeinden, welche ebenfalls dem FHG (Art. 1 Abs. 3 und Abs. 4) unterstehen.

Die Regierung sieht keinen Handlungsbedarf, zusätzlich gesetzliche Anpassungen im Sinne des Auftrags auszuarbeiten. Die bisherige Praxis hat sich bewährt. Der Auftrag wäre auch kein geeignetes Instrument, um allfällige Spekulationsobjekte zu verhindern. Den Gemeinden wird faktisch bereits heute beim Verkauf von Grundstücken und Gebäuden zu Marktwerten ein Vorkaufsrecht eingeräumt. In diesem Sinne beantragt die Regierung die Ablehnung des Vorstosses.



Namens der Regierung

Der Präsident:

Dr. Chr. Rathgeb

Der Kanzleidirektor:

Dr. C. Riesen

Incumbensa Degiacomi concernent in dretg da precumpra da las vischnancas tar la vendita da bains immobigliars e d'edifizis dal chantun

Tenor il dretg vertent van bains immobigliars ed edifizis – ch'il chantun po vender senza sminuir l'adempliment d'ina incumbensa publica – a la facultad finanziaria. Là vegnan els bilantschads per la valur da martgà. Almain mintga 10 onns vegnan els validads per la valur dal di da la bilantschaziun.

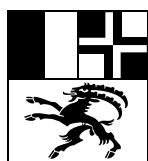
Per vender tals bains immobigliars ed edifizis applitgescha il chantun per regla proceduras da concorrenza cun l'intent da generar uschè bleras entradas sco pussaivel. La renunzia a talas entradas è – tenor l'art. 47 da l'ordinaziun da finanzas dal chantun Grischun – il medem sco in'expensa. Per renunziar a las entradas en connex cun ina vendita da bains immobigliars e d'edifizis da la facultad finanziaria manca al chantun ina basa giuridica. Quai restrenscha las pussaivladads d'agir dal chantun en il rom da la vendita ed è in dischavantatg per las vischnancas.

Per pudair far ina politica da terren autonoma ston las vischnancas da staziunament avair in pled relevant en chapitel areguard l'utilisaziun futura da bains immobigliars e d'edifizis chantunals che vegnan vendids. Proceduras da concorrenza che han mo la finamira da realisar per il chantun in retgav uschè grond sco pussaivel, pon star en cuntradicziun cun ils interess da la vischnanca e da la populaziun. Ellas cuntengnan il privel da stgaffir objects da speculaziun e surpassan las pussaivladads finanzialas dal maun public sin plaun communal.

Quai è ina situaziun nuncuntentaivla per las vischnancas. Las sutsegnadras ed ils sutsegnaders incumbenseschan perquai la regenza da stgaffir las basas giuridicas necessarias per conceder a las vischnancas da staziunament pertutgadas in dretg da precumpra tar la vendita da bains immobigliars e d'edifizis dal chantun. En quest connex duai il pretsch da vendita s'orientar a la valur da martgà bilantschada en la facultad finanziaria. Per chattar ina soluziun che cuntenta tut las varts vegn la regenza incumbensada da preschentar differentas variantas d'in tal dretg da precumpra.

Cuira, ils 20 d'avrigl 2016

Degiacomi, Marti, Casanova (Glion), Albertin, Alig, Atanes, Baselgia-Brunner, Bucher-Brini, Burkhardt, Cahenzli-Philipp, Caluori, Casty, Casutt-Derungs, Caviezel (Cuira), Caviezel (Tavau Clavadel), Darms-Landolt, Della Vedova, Deplazes, Dosch, Epp, Felix (Scuol), Florin-Caluori, Gartmann-Albin, Holzinger-Loretz, Hug, Jaag, Jeker, Jenny, Kappeler, Kasper, Koch (Tumein), Kollegger, Mani-Heldstab, Märchy-Caduff, Michael (Castasegna), Müller, Nay, Niederer, Noi-Togni, Papa, Pedrini, Perl, Peyer, Pfenninger, Pult, Salis, Sax, Steiger, Thomann-Frank, Thöny, Troncana-Sauer, Vetsch (Claustra Vitg), von Ballmoos, Weber, Widmer-Spreiter, Cao, Pfister, Sigron, Tuor



Sesida dals

Communitgà ils

Protocol nr.

21 da zercladur 2016

22 da zercladur 2016

583

Incumbensa Degiacomi

concernent in dretg da precumpra da las vischnancas tar la vendita da bains
immobigliars e d'edifizis dal chantun

Resposta da la regenza

Per sviluppar il territori en moda duraivla areguard l'utilisaziun, la concepziun e l'avertura dovri ina planisaziun prospectiva ed activa, e quai applitgond tut ils instruments da la planisaziun dal territori che stattan a disposiziun en il rom da la lescha chantunala davart la planisaziun dal territori. La cumpetenzza respectiva han originarmain las vischnancas. Las vischnancas e las vischnancas burgaisas èn ultra da quai las pli grondas possessuras da terren en il chantun Grischun. Ellas èn las purtadras da la politica funsila e da la politica da terren da construcziun. Ina politica da terren activa stat pia mo en in connex marginal cun l'acquist da bains immobigliars tras las vischnancas. Medemamain na dependa la qualitad da surbajegiadas betg dals pretschs d'immobiglias, mabain da las prescripziuns ch'èn cuntegnidas en la planisaziun ed en lescha da construcziun da las vischnancas.

Il chantun posseda la gronda part da sias immobiglias en la facultad administrativa. Sch'ina valor da facultad na vegn permanentamain betg pli duvrada per ademplir ina incumbensa publica, la transferescha la regenza – en cumpetenzza definitiva – en la facultad finanziaria (art. 2 al. 3 da la lescha da finanzas dal chantun Grischun [LFC; DG 710.100]). La decisiun d'alienar la facultad finanziaria tutga medemamain tar la cumpetenzza definitiva da la regenza (art. 34 al. 1 LFC).

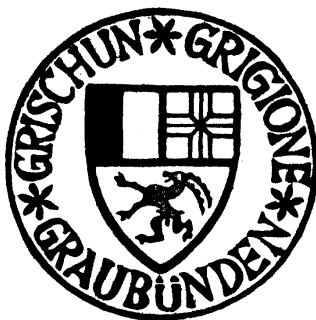
Las immobiglias da la facultad finanziaria dal chantun ch'èn vegnidas alienadas ils ultims 10 onns mussan ch'i sa tractava en quest connex principalmain d'edifizis e da stabiliments ordaifer la zona da construcziun. Immobiglias d'in grond interess chantunal na vegnan da princip betg vendidas, mabain messas a disposiziun en il dretg da construcziun. La valor da martgà bilantschada inditgescha en quest connex ina situaziun mumentana dal passà che sa basa sin supposiziuns calculatoricas. La "vaira" valor dal martgà po vegnir eruida pir sin basa d'offertas concretas. Quella po lura esser pli auta, ma er pli bassa che la valor da facultad bilantschada. Sche las vischnancas suttamettan in'offerta da cumpra, survegnan ellas gia oz la pussaivladad

d'acquistar l'immobiglia per il pretsch da la terza persuna, pia per la valur da martgà efectiva. Mo "vairas" valurs da martgà procuran per la trasparenza necessaria.

En connex cun la realisaziun dal center administrativ "sinergia" e dal nov stabiliment giudizial Realta vegnan singulas immobiglias a vegnir alienadas (vendita u dretg da construcziun). Ellas èn tuttas situadas sin il territori communal da la citad da Cuira e sa chattan en zonas da construcziun. Sche las immobiglias vegnissan engrevgiadas cun in dretg da precumpra communal per la valur da bilantscha dal di da la bilantschaziun ("valur da martgà" tenor la bilantscha), signifitgass quai in spustament da la facultad finanziaria chantunala en direcziun da las vischnancas e favurisass oravant tut la citad da Cuira. In dretg da precumpra violass uschia facticamain er il princip dal tractament equal, perquai che mo ina fitg pitschna part da las vischnancas pudess profitar d'in tal. La concessiun d'in dretg da precumpra per immobiglias da la facultad finanziaria dal chantun premettess ultra da quai in dretg reciproc, pia in dretg da precumpra per il chantun sut las medemas cundiziuns. Cas cuntrari vegniss dischavantià il chantun e vegnissan favurizadas las vischnancas, uschia ch'i vegnissan spustads avantatgs finansials en direcziun da las vischnancas. Sche las immobiglias dal chantun vegnissan engrevgiadas cun dretgs da precumpra da las vischnancas, e sch'ils pretschs na correspundessan betg a la valur da martgà, vegniss restrenschida nunnecessariamain la libertad d'agir dal chantun e da las vischnancas.

Betg pertutgads da l'incumbensa n'èn ils bains immobigliars acquistads sin basa da la nova lescha per promover il svilup economic en il chantun Grischun (lescha davart il svilup economic, LSE; DG 932.100). Quels restan en la facultad administrativa fin a la vendita. Da dar er a quests bains immobigliars in dretg da precumpra communal cuntrafaschess a la finamira da la promoziun da l'economia. Ils bains immobigliars destinads a la promoziun dal svilup economic èn savens en possess da las vischnancas e da las vischnancas burgaisas, ch'èn medemamain suttamessas a la LFC (art. 1 al. 3 ed al. 4).

La regenza na vesa nagin basegn d'agir per elavurar supplementarmain adattaziuns da leschas en il senn da l'incumbensa. La pratica vertenta è sa cumprovada. L'incumbensa na fiss er betg in instrument adattà per evitar eventuels objects da speculaziun. A las vischnancas vegn facticamain concedì gia oz in dretg da precumpra tar la vendita da bains immobigliars e d'edifizis per valurs da martgà. En quest senn propo-
na la regenza da refusar l'intervenziun.



En num da la regenza

Il president:

Il chancelier:

Dr. Chr. Rathgeb

Dr. C. Riesen

Incarico Degiacomi concernente il diritto di prelazione spettante ai comuni in caso di vendita di fondi ed edifici del Cantone

Secondo le vigenti basi giuridiche, i fondi e gli edifici che il Cantone può alienare senza compromettere l'adempimento di compiti pubblici sono rilevati tra i beni patrimoniali. Lì vengono iscritti a bilancio al valore di mercato. Essi vengono valutati almeno ogni dieci anni nel giorno di riferimento dell'iscrizione a bilancio.

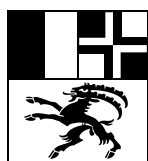
Per la vendita di tali fondi ed edifici il Cantone applica di norma procedure di concorso, al fine di generare entrate il più possibile elevate. In base all'art. 47 dell'ordinanza sulla gestione finanziaria cantonale, la rinuncia a tali entrate corrisponde a un'uscita. Il Cantone non dispone di una base giuridica per la rinuncia alle entrate derivanti dalla vendita di fondi ed edifici iscritti tra i beni patrimoniali. Tale circostanza limita il Cantone nel suo margine di manovra per la vendita e comporta svantaggi per i comuni.

In caso di alienazioni di fondi ed edifici cantonali i comuni di ubicazione devono avere un'importante voce in capitolo riguardo alla loro utilizzazione futura, al fine di poter gestire la politica fondiaria in modo il più possibile autonomo. Procedure di concorso che mirano unicamente a realizzare un ricavo il più possibile elevato per il Cantone possono porsi in contrasto con gli interessi del comune e della popolazione. Esse comportano il rischio di creare oggetti di speculazione e superano le possibilità finanziarie dell'ente pubblico comunale.

Per i comuni ciò è insoddisfacente. Le firmatarie e i firmatari invitano perciò il Governo a creare le basi giuridiche necessarie per concedere un diritto di prelazione ai comuni di ubicazione in relazione alla vendita di fondi e di edifici del Cantone. Secondo quanto previsto, il prezzo di vendita deve orientarsi al valore di mercato iscritto a bilancio tra i beni patrimoniali. Al fine di trovare una soluzione soddisfacente per tutte le parti in causa, il Governo viene invitato a presentare diverse varianti di un tale diritto di prelazione.

Coira, 20 aprile 2016

Degiacomi, Marti, Casanova (Ilanz), Albertin, Alig, Atanes, Baselgia-Brunner, Bucher-Brini, Burkhardt, Cahenzli-Philipp, Caluori, Casty, Casutt-Derungs, Caviezel (Coira), Caviezel (Davos Clavadel), Darms-Landolt, Della Vedova, Deplazes, Dorsch, Epp, Felix (Scuol), Florin-Caluori, Gartmann-Albin, Holzinger-Loretz, Hug, Jaag, Jeker, Jenny, Kappeler, Kasper, Koch (Tamins), Kollegger, Mani-Heldstab, Märchy-Caduff, Michael (Castasegna), Müller, Nay, Niederer, Noi-Togni, Papa, Pedrini, Perl, Peyer, Pfenninger, Pult, Salis, Sax, Steiger, Thomann-Frank, Thöny, Troncana-Sauer, Vetsch (Klosters Dorf), von Ballmoos, Weber, Widmer-Spreiter, Cao, Pfister, Sigron, Tuor



Seduta del

21 giugno 2016

Comunicata il

22 giugno 2016

Protocollo n.

583

Incarico Degiacomi

concernente il diritto di prelazione spettante ai comuni in caso di vendita di fondi ed edifici del Cantone

Risposta del Governo

Per uno sviluppo territoriale sostenibile in termini di utilizzazione, strutturazione e urbanizzazione, è necessaria una pianificazione attiva e lungimirante che applichi tutti gli strumenti pianificatori messi a disposizione dalla legislazione cantonale sulla pianificazione territoriale. La competenza in materia spetta originariamente ai comuni. I comuni e i comuni patriziali sono inoltre i principali proprietari fondiari nel Cantone dei Grigioni. Sono responsabili della politica fondiaria e del terreno edificabile a livello cantonale. Una politica fondiaria attiva è quindi legata solo marginalmente all'acquisto di fondi da parte dei comuni. Inoltre, la qualità delle costruzioni non dipende dai prezzi degli immobili, bensì dalle direttive pianificatorie e di legge edilizia dei comuni.

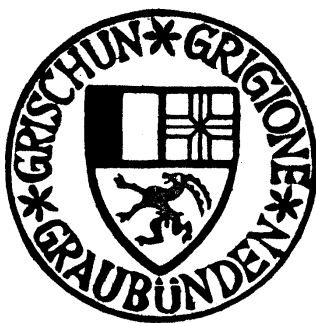
La maggior parte degli immobili in possesso del Cantone è attribuita a beni amministrativi. Se il bisogno di un valore patrimoniale per l'adempimento di un compito pubblico viene definitivamente meno, l'esecutivo, in via definitiva, trasferisce questo valore nei beni patrimoniali (art. 2 cpv. 3 della legge sulla gestione finanziaria del Cantone dei Grigioni; LGF, CSC 710.100). Il Governo decide in via definitiva anche in merito all'alienazione di beni patrimoniali (art. 34 cpv. 1 LGF).

Le alienazioni di immobili nei beni patrimoniali del Cantone durante gli ultimi dieci anni mostrano che si trattava principalmente di edifici fuori dalle zone edificabili. In linea di principio, gli immobili di elevato interesse cantonale non vengono venduti, bensì ceduti in diritto di superficie. Il valore di mercato iscritto a bilancio rappresenta un'istantanea del passato basata su ipotesi di calcolo e il "reale" valore di mercato può essere determinato solo tramite offerte concrete. Tale valore può essere superiore, ma anche inferiore al valore patrimoniale iscritto a bilancio. Se i comuni sottopongono un'offerta di acquisto, ricevono già oggi la possibilità di acquistare l'immobile alla cifra offerta da terzi, ossia al valore di mercato effettivo. Solo i "reali" valori di mercato creano la necessaria trasparenza.

In relazione alla realizzazione del centro amministrativo "Sinergia" e del nuovo penitenziario Realta, verranno alienati singoli immobili (vendita o diritto di superficie). Si trovano tutti sul territorio della città di Coira e in zone edificabili. Gravare gli immobili con un diritto di prelazione comunale al valore di bilancio il giorno di riferimento dell'iscrizione a bilancio ("valore di mercato" secondo il bilancio) equivarrebbe a uno spostamento dei beni patrimoniali cantonali verso i comuni e in particolare favorirebbe la città di Coira. Di fatto, un diritto di prelazione violerebbe quindi anche il principio della parità di trattamento, poiché solo pochissimi comuni ne potrebbero trarre vantaggio. La concessione di un diritto di prelazione per immobili che rientrano tra i beni patrimoniali del Cantone richiederebbe inoltre una reciprocità, quindi un diritto di prelazione per il Cantone alle medesime condizioni. In caso contrario verrebbero a crearsi in modo unilaterale uno svantaggio finanziario per il Cantone e un'agevolazione per i comuni e quindi i vantaggi finanziari verrebbero trasferiti a questi ultimi. Gravare gli immobili del Cantone tramite diritti di prelazione dei comuni che non corrispondono al valore di mercato, limiterebbe inutilmente la libertà d'azione di Cantone e comuni.

Non sono interessati dall'incarico i fondi acquistati in virtù della nuova legge sulla promozione dello sviluppo economico nei Grigioni (legge sullo sviluppo economico; LSE, CSC 932.100). Questi fondi rimangono tra i beni amministrativi fino alla vendita. Un diritto di prelazione comunale anche per questi fondi, sarebbe contrario all'obiettivo della promozione economica. I fondi destinati alla promozione dello sviluppo a livello economico sono spesso di proprietà dei comuni e dei comuni patriziali, che sono a loro volta soggetti alla LGF (art. 1 cpv. 3 e cpv. 4).

Il Governo non vede nessuna necessità di elaborare ulteriori adeguamenti legislativi ai sensi dell'incarico. La prassi attuale si è dimostrata valida. L'incarico non sarebbe nemmeno uno strumento idoneo per evitare eventuali oggetti di speculazione. Di fatto, già ora ai comuni viene concesso un diritto di prelazione nella vendita di fondi ed edifici ai valori di mercato. In questo senso, il Governo chiede di respingere l'intervento.



In nome del Governo

Il Presidente:

Dr. Chr. Rathgeb

Il Cancelliere:

Dr. C. Riesen